

Was genau hat der Bürger zu sagen?

ANALYSE: Projekt von Stadt und Uni soll die Bürgerbeteiligung verbessern – fünf Chancen und zwei Risiken

VON PATRICK SEILER

1. Die Bereitschaft zur Beteiligung ist da. Im November gab es dazu einen Workshop mit rund 50 Bürgern an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, im Dezember 2019 steuerten weitere 406 Speyerer ihre Meinungen über eine Online-Umfrage bei. 66 Prozent davon äußerten den Wunsch, mehr Mitsprachemöglichkeiten bei städtischen Vorhaben zu erhalten, wie Editha Marquardt von der Uni am Dienstag berichtete. „Die Speyerer sind interessiert und wollen sich einbringen“, betonte Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler (SPD).

2. Die Instrumente zur Beteiligung sind da. Bürgerversammlungen vor Ort werden von der Verwaltung seit geraumer Zeit eingesetzt. 65 Prozent der Befragten wünschen sich solche Informationsveranstaltungen. Noch relativ neue Möglichkeiten bieten sich digital – was sich

mit den Bürgerwünschen deckt: 72 Prozent hoffen etwa auf Online-Befragungen, 64 Prozent auf ein Informationsportal der Stadtverwaltung. Hier müsste die Stadt zum Teil noch die passenden Kanäle aufbauen.

3. Auch der Bedarf ist da. „Wir müssen uns alle hinterfragen, ob wir noch das Ohr an der Bevölkerung haben“, sagte OB Seiler. Sie setzte deshalb auf frühzeitige Bürgerinformation und -beteiligung. Die Kooperation mit der Uni und ein im nächsten Schritt geplanter „Partizipationsleitfaden“ sollen dabei helfen. Es solle etwa um große Bauprojekte wie den Postplatz gehen, aber auch um Fragen wie den ruhenden Verkehr und die Müllentsorgung.

4. Entscheidungen können besser werden. Mit diesem Argument will die OB den Stadtrat überzeugen, der das letzte Wort hat: „Ich bin optimistisch, dass die Politik mitgeht, weil dann die Akzeptanz ihrer Entscheidungen höher ist.“ Letztlich

seien solche Lösungen auch „qualitativ hochwertiger“, sagte Uni-Projektleiterin Rubina Zern-Breuer, die „Dialog auf Augenhöhe“ fordert.

5. Der Weg ist richtig. OB Seiler will sich im Juni im Stadtrat die Zustimmung für weitere Schritte holen. Die Uni sollte danach bei der Erstellung des Leitfadens bis Herbst 2020 oder Frühjahr 2021 mitwirken. Es gehe dann auch um die Kosten, falls – wie in anderen Städten – eigenes Personal eingestellt würde, das die Bürgerbeteiligung betreut. Dies könnte aber auch in den einzelnen Abteilungen angesiedelt sein, bei denen Seiler schon ein „Umdenken“ erkennt: „Aktiv auf den Bürger zugehen, keine Scheu haben.“

Es lauern Gefahren

Ein Selbstläufer ist das alles nicht, wie zwei zentrale Risiken zeigen:

1. Der Weg ist zwar richtig, aber lang. Noch arbeiten Stadt und Uni

eher an der Theorie. Der Bürger aber will die Praxis. Es muss klar sein, was genau er zu sagen hat, wenn die Entscheidung fällt, ob die Verkehrsregelung am Postplatz beim Alten bleibt, ob dieser zur Fußgängerzone wird oder ob Einbahnstraßen in Gilden- und Bahnhofstraße kommen, was Seiler als Beispiel anführte. Also: Mehr Tempo trotz Corona!

2. Egoismus. „Gemeinwohl vor Partikularinteressen“ sei ein Ziel, so Uni-Frau Zern-Breuer. Aber denken viele nicht zuerst an sich? Keine höheren Steuern, keine Baustelle am eigenen Haus? Und sind das nicht die, die dann in Bürgerversammlungen oder im Internet auftrumpfen? Zuletzt hätten die Angebote der Stadt in den sozialen Netzwerken wegen der Corona-Auflagen intensiver Moderation bedurft, so die OB. Wer bildet die „schweigende Mehrheit“ ab? All das muss der geplante Leitfaden angemessen berücksichtigen, sonst könnte er floppen.

Philippe 12.05.2020